

Die PTT-Union – eine aktive Gewerkschaft!

Die 26'000 Mitglieder umfassende PTT-Union (Union Schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphenbeamter) gliedert sich in 59 Sektionen, die auf alle Sprachgebiete verteilt sind. Diese Sektionen werden von PTT-Bediensteten geführt und verwaltet, die alle im Nebenamt gewerkschaftlich tätig sind. In Ostermündigen (Bern) wird dazu das von Generalsekretär Georges Eggenberger geleitete Verbandssekretariat unterhalten. Ein einziges Regionalsekretariat befindet sich in Lugano.

Die PTT-Union bezweckt den beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ihrer Mitglieder und damit des ganzen PTT-Personals. Sie gewährt daneben ihren Mitgliedern den Rechtsschutz in Streitigkeiten im Zusammenhang mit der beruflichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit. Dazu unterhält die PTT-Union eine Unterstützungs- und eine Darlehenskasse sowie zwei Sterbekassen.

Die PTT-Union gehört als Gewerkschaftsverband dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), dem Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe und der Schweizerischen PTT-Vereinigung (der Dachorganisation aller PTT-Personalverbände) an. Als Verbandsparlament amtiert ein Zentralvorstand von 25 Mitgliedern, die sich aus dem Post- und Fernmeldepersonal je aus den verschiedenen Sprachregionen zusammensetzt. Als Verbandspräsident amtiert Kollege Hans Lattmann, Betriebsbeamter, von der Sektion Zürich-Post.

Auf der reichhaltigen Traktandenliste des Kongresses (über die wir in der letzten Nummer berichteten) bildeten die Sektionsanträge den Löwenanteil. Es waren insgesamt 58 Sektionsanträge zu behandeln, wobei Anträge, welche spezifische Berufs- beziehungsweise Uniformfragen betrafen, nicht mitgezählt sind; diese wurden an die entsprechenden Berufsgruppentagungen, die dem Plenum des Kongresses vorausgingen, delegiert. Die Sektionsanträge gliederten sich in fünf Hauptgebiete: Dienstverhältnis PTT-Personal, Arbeitszeit - Ferien - Urlaub, eidgenössische Versicherungskasse - Arbeitslosenversicherung, PTT-Betriebe und PTT-Union (verbandsintern).

Diese Sektionsanträge widerspiegelten eine aktive Basis von verschiedenen Gewerkschaftssektionen, sie kamen vorab aus den grossen Zentren wie Zürich, Genf, Lausanne und Bern. Bei deren Beratungen wurden nicht immer alle im Sinne des Zentralvorstandes entschieden. Da gab es oft „Auseinandersetzungen“ zwischen Antragsteller und Verbandsleitung. Energisch wurde zugunsten des Teuerungsausgleichs für den bisherigen Modus „zweimal pro Jahr“ interveniert. Zahlreich waren auch die Vorstösse für die 42-Stunden-Woche respektive 40-Stunden-Woche. Einem Antrag zum Beispiel für die Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungskursen bis zu 10 Tagen (dienstfrei) innerhalb zwei Jahren wurde entgegen dem Antrag des Zentralvorstandes zugestimmt. Eine deutliche Auseinandersetzung gab es um einen Antrag auf Austritt aus der Dachorganisation „PTT-Vereinigung“. Dieser eher unrealistische Antrag wurde jedoch mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Mit grossem und langanhaltendem Beifall wurde während den Beratungen das zweistündige Referat von Generalsekretär Georges Eggenberger aufgenommen, welches die berufspolitischen Vorstellungen des Verbandes im besonderen und die gegenwärtigen gesamtgewerkschaftlichen Perspektiven im allgemeinen sehr ausführlich skizzierte. Die dort aufgeführten Forderungen wie die Arbeitszeitverkürzung, die Humanisierung des Arbeitsplatzes unter anderem gilt es im Zusammengehen mit dem übrigen öffentlichen Personal als auch im gemeinsamen Marschieren mit der Arbeiterschaft der Privatindustrie durchzusetzen. Dieses Grundsatzreferat stand denn auch im Zentrum des Kongresses und bildete dessen Höhepunkt.

Die Gründe für die Verkürzung der Arbeitszeit sind drei:

- sozial- und gesellschaftspolitische.
- medizinische,
- wirtschafts- und beschäftigungspolitische.

Der Umstand, dass weniger Arbeit mehr Lebensqualität bringt, macht allein schon die Unterstützung der Ferien-Initiative und der 40-Stunden-Woche-Initiative des SGB durch die PTT-Union notwendig.

Die Wirtschaft müsse vermehrt auf das Gesamtinteresse, auf die Wohlfahrt aller Menschen ausgerichtet sein. Hierzu gehören die Demokratisierung der Wirtschaft ebenso wie die Humanisierung der Arbeitsplätze als auch die Erhaltung einer gesunden Umwelt.

Sehr ausführlich wandte sich Eggenberger berufsspezifischen Problemen zu, mit denen sich die PTT-Union zu befassen hat:

„Der Persona/stopp hat Schiffbruch erlitten. Mehr Personal ist notwendig. Ende 1982 hätten gegen 220'000 Ruhe-, Ferien- und Überzeittage nicht abgelöst werden können. Er begrüsse die Schritte des Bundesrates, vom Parlament 371 neue Stellen zu fordern.

Man habe seinerzeit eingewilligt, dass in Basel, Zürich, Bern, Genf und Lausanne mechanische Briefsortiermaschinen installiert würden, unter der Bedingung freilich, dass keine Sortiererinnen entlassen und

der zweite Sortiergang (Sortierung nach Zustellbezirken) erhalten bleibe. Nun solle aber dieser zweite Arbeitsgang mechanisiert werden. Hier sperre sich die PTT-Union: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zur Ausschaltung einer ganzen Berufskategorie Hand zu bieten.

Bis 1973 wurde alle zehn Jahre eine neue Ämterklassifizierung vorgenommen (von der das gesamte Bundespersonal betroffen war). Auf Grund der leeren Bundeskassen und auf politischen Druck hin gehe man jetzt von diesem Grundsatz ab. Wir unterstreichen auch die vom Föderativverband erhobene Forderung, wonach die künftige Ämterklassifikation besser auf die Anforderungen und Leistungen des Beamten abgestellt werden müsste.

Ab 1985 soll die Teuerung nach dem Willen des Bundesrates nur mehr alle Jahre, nicht mehr halbjährlich ausgeglichen werden. Die PIT-Union werde zusammen mit den andern Personalverbänden für die Beibehaltung des halbjährlichen Teuerungsausgleichs kämpfen.»

Mit einem Appell zur Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern schloss Eggenberger sein Grundsatzreferat. Abschliessend seien noch einige bemerkenswerte Sätze aus zwei Grussadressen an den Kongress der PTT-Union festgehalten:

Nationalrätin Lilian Uchtenhagen, Zürich: „Es muss die vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertreter sein, dafür zu sorgen, dass der sprunghafte Übergang zu neuen Technologien weder zu Massenentlassungen noch zu einer weiteren Enthumanisierung der Arbeitsplätze führt.“ „Wir können und müssen die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe und Hände verteilen. Kürzere Arbeitszeiten, längere Ferien, auch eine frühere Pensionierung, nach Mass sind tausendmal besser als Heere von Arbeitslosen.“

Jean Clivaz, Präsident des Schweizerischen Eisenbahner-Verbandes (SEV), Vizepräsident des SGB und des Föderativverbandes:

„Der Gewerkschaftsbund und der Föderativverband sind fest entschlossen, mit allen Kräften dagegen zu kämpfen, dass die Arbeitnehmer und untersten Bevölkerungsschichten die Hauptlast der Rezession zu tragen haben, während sozial Bessergestellte ihr gewohntes Leben weiterführen.“

„Der Kampf für Freiheit und Demokratie wie auch für den sozialen Fortschritt wird nie ein Ende nehmen. Und für solche, die weder von Gewerkschaften noch von der Politik etwas hören mögen, kann man nur in Erinnerung rufen, was Perikles bereits vor vierhundert Jahren vor Christus gesagt hat: „Wir ändern, die Athener, bezeichnen einen Mann, der sich nicht für die öffentlichen Anliegen interessiert, nicht als friedlichen, sondern als unnützen Bürger.“

In unserem Land sollte es eigentlich keine unnützen Bürger unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geben. So könnten wir mit besserem Erfolg die Ungerechtigkeiten bekämpfen und den sozialen Fortschritt schneller herbeibringen.“

Kagö.

Vorwärts, 17.11.1983.

PTT-Union > Kongress. Referate.Vorwaerts, 1983-11-17